

# Antrag Internationaler Solidaritätsfonds

21.02.2000

## Antrag:

*Die KMV Köln beschließt, den Antrag des Fachbereiches Außenpolitik zur Erhaltung des Internationalen Solidaritätsfonds auf der BDK im März in Karlsruhe zu unterstützen.*

## Begründung:

Die Begründung ergibt sich

- ◆ erstens aus der Aufgabe des Internationalen Solidaritätsfonds (SoliFonds) selbst
- ◆ und zweitens aus der allgemeinen politischen Situation auf Bundesebene, die jene Bereiche, die der SoliFonds fördern soll, einer rigorosen Sparpolitik unterwirft (Einzelplan 23 des Bundeshaushaltes und innenpolitische Bildungsarbeit).

Der SoliFonds hat die Aufgabe, Initiativen und NGOs in Deutschland und in Ländern der sog. Dritten Welt in ihrer umwelt-, entwicklungs- und menschenrechtspolitischen Arbeit zu unterstützen. Er hat dieses auch erfolgreich über fünfzehn Jahre hinweg in mehreren Tausend Fällen getan.

Die unkomplizierte Mittelvergabe war hierbei ein wichtiges Kriterium, das auch Initiativen im Süden und Norden ohne professionelles Fundraising ermöglichte, die Mittel zu beantragen.

Für die Bündnisgrünen selbst ist der SoliFonds Ausdruck einer Solidarität mit den Menschen des Südens, die in ihren eigenen Ländern aufgrund mangelnder Finanzen und/oder undemokratischer Regime keine Mittel erhalten.

Die Initiativen und NGOs in diesen Ländern sind Teil eines Demokratisierungs- und Emanzipationsprozesses, den wir Grüne uns auf die Fahne geschrieben haben. Ihnen gerade in der Phase, in der diese Prozesse langsam zu greifen beginnen, die Mittel zu streichen, wäre geradezu paradox.

Die Förderung entsprechender Initiativen und NGOs in unserem eigenen Land, muß mit der Förderung in anderen Ländern einher gehen, da die Menschen im Süden auf Partner im Norden angewiesen sind. Die Partner im Norden leisten im Inland Aufklärungs- und Lobbyarbeit und stärken über eine internationale Vernetzung die Position der Initiativen und NGOs im Süden.

Der SoliFonds und die Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) haben in einer einjährigen Probe-phase versucht, die Mittelvergabe über die HBS durchzuführen, was sich auch nach Meinung der HBS nicht bewährt hat.

Das Argument, der SoliFonds diene dazu, sich die Stimmen dieser Menschen zu sichern, zieht v.a. deshalb nicht, weil auch Menschen in anderen Ländern Mittel erhalten, die logischerweise in der Bundesrepublik nicht stimmberechtigt sind.

Aufgrund der durch die rot-grüne Bundesregierung beschlossenen Kürzungen im Haushalt für Entwicklungszusammenarbeit (Einzelplan 23), welche eine Kürzung im Haushaltsjahr 2000 um über 600 Mio. DM vorsehen, wird die umwelt-, entwicklungs- und menschenrechtsorientierte internationale Zusammenarbeit entscheidend geschwächt. Diese Kürzungen werden im Laufe der Legislaturperiode fortgeführt und werden nach jetziger Finanzplanung im letzten Jahr der Periode ca. 2 Milliarden DM (!) betragen. Gleichzeitig werden die Mittel für die bildungspolitische Inlandsarbeit (Innenministerium) gekürzt, so daß die notwendige Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik reduziert werden muß.

Ein wichtiges Aufgabenfeld würde aus dem Bewußtsein der Menschen und aus der Politik gestrichen. Der SoliFonds kann die enormen Kürzungen im Haushalt zwar nicht wettmachen, aber seine Aufrechterhaltung kann ein Signal an engagierte Menschen im Süden und Norden sein.

**Dirk Krüger SprecherInnenrat KV Köln**